

Umschau | MDR FERNSEHEN | 26.02.2008 | 20:15 Uhr

Straßenausbaubeiträge

Für den Umbau und die Verbesserung von Straßen erheben die Gemeinden Straßenausbaubeiträge. Diese sorgen immer wieder für Schrecken bei den Anwohnern. Wenn die Bescheide kommen, will die Gemeinde gleich mehrer Tausend Euro haben. Doch nicht immer sind die Forderungen rechtens. Nach einem Gerichtsurteil wurden jetzt in Dresden die Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

Mitte Februar 2008 hatte der Widerstand gegen die Straßenausbaubeiträge in Dresden Erfolg. Die Stadt hat beschlossen, sie künftig nicht mehr zu erheben. Doch schon gezahlte Beiträge werden nicht zurückgezahlt. Dieser Sieg ist das Resultat eines wochenlangen Kampfes. 34 Bürgerinitiativen engagierten sich in Dresden. Im Stadtteil Pillnitz haben die Bürger sogar Betrug aufgedeckt. Sie sollten für den Straßenausbau aufkommen, den sie gar nicht bezahlen müssten. So wurde eine Straße, die schon seit Jahren existiert, nur verbreitert. Die Stadt berechnete jedoch Kosten, als hätte sie erst jetzt aus einem Sandweg eine richtige Straße gemacht. In einem anderen Fall wurde eine Durchgangsstraße in eine Anwohnerstraße umgewidmet. Das Ergebnis: Der Anteil, den die Stadt bei Ausbau der Straße zu zahlen hat, wird kleiner. Der Anteil der Bürger jedoch größer. Bei ihren Recherchen haben die Bürger zudem herausgefunden, dass für Grundstücke der Stadt, wie zum Beispiel dem Schlosspark Pillnitz, keine Beiträge fällig werden.

Bisher mussten Kommunen für den Ausbau von Straßen generell den Bürger zur Kasse bitten. Dass es anders geht, ist Rechtsanwalt Lothar Hermes zu verdanken. Er hat ein Urteil erstritten (OVG Bautzen Az.: 5 B 522/06), das es erlaubt, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträge zu verzichten. Hermes fasst den Kern des Urteils zusammen:

"Es liegt im Ermessen der Gemeinde, Straßenausbaubeiträge zu erheben oder nicht. In der Regel kann das jede Gemeinde tun, es sei denn, sie ist hoch verschuldet. Das heißt, sie muss mehr Geld für den Schuldendienst ausgeben als sie für Investitionen zur Verfügung hat."

Lothar Hermes, Rechtsanwalt

Einige Kommunen in Sachsen haben nach dem Urteil die Straßenausbaubeiträge schon abgeschafft, z.B. Lichtentanne bei Zwickau. Hier gab es sogar Rückzahlungen. Jetzt werden die Straßen aus dem allgemeinen Steueraufkommen der Gemeinde bezahlt. Das heißt, alle Steuerzahler, ob Hausbesitzer oder Mieter oder auch Betriebe, zahlen gleichermaßen.

Anders die Rechtslage beispielsweise in Thüringen. In Bernsdorf bei Suhl würde die Kommune ebenfalls die Bürger von Straßenbaubeiträgen verschonen, darf es aber nicht. Nach Auskunft des Bürgermeisters von Bernsdorf wird er von der Kommunalaufsicht des Landkreises dazu gezwungen. Die Gemeinde habe sogar geklagt, jedoch verloren. Inzwischen gibt es einen Gesetzentwurf der Thüringer Landesregierung. Danach muss der Bürger für Straßenausbau zahlen. Sogar rückwirkend für alle

Links in MDR.DE

Wenn Städte ihre Bürger beim Straßenbau zur Kasse bitten

Download

Urteil des OVG Bautzen zu Straßenausbaubeiträgen

Straßenbaumaßnahmen seit 1991. Das Gesetz soll im März 2008 verabschiedet werden.

Zuletzt aktualisiert: 26. Februar 2008, 17:52 Uhr

© 2008 MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK